

Flüchtlingsdrama in Griechenland

Spiegel Online

20. Dezember 2012 Donnerstag 8:40 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AMNESTY-INTERNATIONAL-BERICHT

Length: 818 words

Highlight: Sie leben auf der Straße oder in miserablen Unterkünften, sie müssen tagelang vor Behörden warten und werden von Rassisten angegriffen. Ein Amnesty-International-Bericht beklagt die katastrophale Lage von **Flüchtlingen** in Griechenland. Die Rede ist von einer "humanitären Krise" in Europa.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/amnesty-international-miserable-lage-der-fluechtlinge-in-griechenland-a-873974.html>

Body

Hamburg - Monatelang erleiden **Flüchtlinge** aus Afrika und Asien Hunger, Durst, Hitze und Kälte. Ihre Hoffnung: nach der schweren Reise Zuflucht in der Europäischen Union zu finden. Das erste Land, das viele **Flüchtlinge** in der EU erreichen, ist oft Griechenland. Doch dort erwartet sie das nächste Drama.

Die **Migranten** - unter ihnen viele Kinder - müssten in Griechenland unter "beschämenden und fürchterlichen" Bedingungen leben, kritisiert Amnesty International in einem aktuellen Bericht. Die Menschen erhielten nicht einmal einfachsten Schutz.

Besonders erschreckend sei die Situation von Kindern, die ohne ihre Eltern oder Verwandte angekommen seien. Sie müssten unter "sehr schlechten Bedingungen" in einem Auffanglager in Korinth leben. Die Zustände, die dort herrschten, seien unerträglich und würden internationale Standards untergraben. Die Kinder seien jene, die am meisten Schutz brauchten - der ihnen nicht gewährt werde.

"Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die EU eine humanitäre Krise nicht vor ihren Grenzen, sondern innerhalb ihrer Grenzen hat", sagte der Sprecher von Amnesty International, John Dalhuisen. "Die aktuelle Situation in Griechenland ist unwürdig für die Europäische Union, die gerade einen Friedensnobelpreis erhalten hat."

Messerattacke auf Migranten

Zehntausende Migranten strömen jedes Jahr nach Griechenland, sie stammen aus Afghanistan und Pakistan, Iran, Syrien und Afrika. Viele kommen über den Landweg. Doch weil die Grenze immer stärker gesichert wird, versuchen sie nun, über das Meer und den Grenzfluss Evros nach Griechenland zu kommen.

Was Amnesty von dort berichtet, ist erschreckend. So schildern die Menschenrechtler den Fall von sechs Syrern, die im Juni mit einem Schlauchboot über den Evros gelangen wollten. Doch ein griechisches Patrouillenboot habe

Flüchtlingsdrama in Griechenland

sie zurück auf die türkische Seite gedrängt. Ein Polizist habe mit einem Messer in das Plastik des Schlauchbootes gestochen, das daraufhin gesunken sei. Die Syrer hätten zurückschwimmen müssen.

Besonders der Konflikt in Syrien hat die Lage in Griechenland verschärft: Laut Human Rights Watch sind mehr als 200.000 Menschen bereits aus dem Bürgerkriegsland in die Nachbarstaaten geflohen, davon 80.000 in die Türkei. Viele suchen dann den Weg in die Europäische Union.

Doch Europa bietet nicht die erhoffte Sicherheit, oder Wohlstand und Arbeit. Es bietet nicht einmal einfachen Schutz. Denn die Flüchtlinge werden immer öfter in Griechenland attackiert. Die Zahl von rassistisch motivierten Gewalttaten sei "dramatisch angestiegen", berichtet Amnesty International. Fast täglich würden die Flüchtlinge angegriffen - sie werden geschlagen, getreten, aus Bussen gezerrt oder durch die Straßen gehetzt, so Human Rights Watch. Auch Schwangere würden verfolgt. Ein Iraker starb im August nach einer Messerattacke. Das sind nur die Fälle, die der Öffentlichkeit bekannt geworden sind: Viele Opfer erstatten keine Anzeige.

100.000 Illegale auf Athens Straßen

Im von der Euro-Krise geplagten Griechenland machen Rechtsextreme vermehrt Stimmung gegen Ausländer. Die fremdenfeindliche Partei "Goldene Morgenröte" stellt seit der letzten Parlamentswahl 18 Abgeordnete. Nach den Überfällen auf Migranten kündigte der griechische Minister für Bürgerschutz im August an, eine Sondereinheit der Polizei zu gründen. Sie soll rassistisch motivierte Gewalttaten aufklären.

Griechenland steht unter Druck, ein funktionierendes Asylsystem aufzubauen. Doch das Land kämpft weiter mit der schlechten Wirtschaftslage, vielen Griechen geht es immer schlechter. Die erschreckende Situation der Flüchtlinge ist den europäischen Partnern allerdings bereits seit Jahren bekannt. Nach dem sogenannten Dublin-II-Abkommen muss das EU-Land, das ein Migrant zuerst betreten hat, seinen Asylantrag bearbeiten. Die Zustände in griechischen Flüchtlingslagern sind allerdings derart miserabel, dass die Bundesregierung seit 2011 keine Flüchtlinge mehr dorthin zurückschickt.

Griechenland ist mit der Bearbeitung der Asylanträge völlig überfordert. Amnesty International berichtet mit einem Beispiel, wie schlimm die Zustände seien: In der zuständigen Behörde könnten nur 20 Menschen an einem Tag in der Woche ihre Asylgesuche einreichen. Schon Tage vorher bilde sich eine Schlange, die Hunderte Meter die Straße herunter führe.

Wer mit seinem Asylantrag scheitert - oder bei dem Versuch, ihn einzureichen, aufgibt -, den erwarte oft ein noch miserableres Leben. Viele Migranten lebten auf der Straße. Derzeit sollen sich rund 100.000 Illegale in Athen aufhalten. Andere würden Amnesty zufolge in überfüllten, unhygienischen Hafteinrichtungen ein Jahr oder länger festgehalten.

"Griechenland braucht Hilfe, muss aber auch seine Verantwortung akzeptieren," sagt Amnesty International. Dem pflichtet die Organisation Human Rights Watch bei: "Die wirtschaftlichen Belastungen und das unfaire EU-Asylrecht nehmen Griechenland nicht aus der Verantwortung."

kgp

Load-Date: December 20, 2012

Schweden will allen Syrern Asyl gewähren

SPIEGEL ONLINE

04. September 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 266 words

Highlight: Als erstes europäisches Land hat Schweden angekündigt, alle syrischen Flüchtlinge aufzunehmen - und zwar unbefristet. Der schwedische Migrationsminister ruft andere Länder auf, diesem Beispiel zu folgen.

Body

Stockholm - Schweden will allen Asylanträgen von syrischen Flüchtlingen stattgeben. Jeder Asylbewerber aus dem Bürgerkriegsland werde aufgenommen, sagte die Sprecherin der schwedischen Einwanderungsbehörde, Annie Hörnblad, der Nachrichtenagentur AFP. "Die Behörde hat diese Entscheidung getroffen, weil sie davon ausgeht, dass die Gewalt in Syrien in naher Zukunft nicht abreißen wird." Schweden ist damit das erste europäische Land, das diesen Schritt ankündigt.

Den Flüchtlingen werde bis auf Weiteres ein zeitlich unbefristeter Aufenthaltsstatus eingeräumt. Bislang gewährte Schweden ihnen ein dreijähriges Asyl, nachdem jeder Fall gesondert überprüft wurde.

Seit 2012 hat das Land 14.700 Syrer aufgenommen. Die Einwanderungsbehörde rechnet damit, dass die große Mehrheit der Syrer, die bislang nur ein vorübergehendes Bleiberecht hat, sich nun um ein permanentes Aufenthaltsrecht bemühen wird. Dies würde ihnen ermöglichen, auch ihre Familien nach Schweden zu holen.

Schwedens Migrationsminister Tobias Billström rief andere Länder auf, diesem Beispiel zu folgen. "Kein Konflikt auf der Welt ist derzeit so grausam, lang und blutig wie der Konflikt in Syrien. Das sollte viele Politiker innerhalb und außerhalb der EU veranlassen, über unsere Verantwortung nachzudenken", sagte Billström der Zeitung "Aftonbladet".

Insgesamt wurden in Schweden im vergangenen Jahr 44.000 Asylanträge gestellt, 48 Prozent mehr als 2011. Damit verzeichnete das Land den größten Zustrom von Flüchtlingen seit der Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien Anfang der Neunziger.

hmo/AFP

Load-Date: September 18, 2013

Mehr Asylbewerber kommen nach Deutschland

Spiegel Online

12. Oktober 2012 Freitag 8:05 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: MIGRATION

Length: 434 words

Highlight: Die Zahl der Asylbewerber steigt im Oktober rasant an. Vor allem aus Serbien und Mazedonien strömen Flüchtlinge nach Deutschland - Innenminister Friedrich will nun überprüfen, ob die Einreise aus diesen Ländern weiter ohne Visum erlaubt wird.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zahl-der-asylbewerber-steigt-stark-an-a-860859.html>

Body

Berlin - Im Oktober ist die Zahl der Asylbewerber bislang stark gestiegen. Die größten Zuwächse gibt es bei Migranten aus Serbien und Mazedonien. Das belegen neue Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), wie die "Bild"-Zeitung berichtet.

Demnach wurden allein vom 1. bis 10. Oktober insgesamt 3.744 Asylanträge gestellt. 1.841 Anträge (49 Prozent) stammten von Serben (1.250) und Mazedoniern (591). Zum Vergleich: Im August stellten Serben und Mazedonier zusammen 1.116 Asylanträge. In der Vergangenheit wurden jedoch weit über 90 Prozent dieser Anträge abgelehnt.

Durchschnittlich wurden im Oktober 2012 bisher 535 Asylanträge pro Tag gestellt. Bis zum Monatsende werden insgesamt rund 11.700 Anträge erwartet. Das ist fast ein Viertel der Gesamtzahl der Asylanträge des Jahres 2011 (45.741).

Die "Bild"-Zeitung verweist auf Experten, die vor allem bei den Balkan-Flüchtlingen die Sozialleistungen für Asylbewerber und Krisenflüchtlinge als möglichen Anreiz für die Migration nach Deutschland vermuten.

Die Zahl von serbischen und mazedonischen Asylbewerbern steigt das gesamte Jahr über Jahr stark. Das geht aus einer Aufstellung des Bundesinnenministeriums hervor, wie die "Passauer Neue Presse" berichtet. Demnach lag die Zahl serbischer Asylbewerber im Januar 2010 noch bei 68, im Januar 2012 seien es bereits 697 und im September 1.395 gewesen.

Friedrich: "Visumfreiheit muss auf Prüfstand"

Ähnlich die Entwicklung bei mazedonischen Asylbewerbern: Von 10 im Januar 2010 auf 154 im Januar dieses Jahres und 1.040 im September. Mit 1.395 Anträgen von Serben und 1.040 Anträgen von Mazedoniern im September dieses Jahres liegen sie - trotz einer Anerkennungsquote von 0,0 Prozent in jedem Monat - zahlenmäßig deutlich vor den Gruppen der Antragsteller aus Syrien (745 Anträge), Afghanistan (563), Iran (406) und Irak (348), unter denen die Zahl der tatsächlich Schutzbedürftigen hoch sei.

Mehr Asylbewerber kommen nach Deutschland

So seien im September 19,6 Prozent der syrischen und 23,6 der afghanischen Antragsteller als Asylberechtigte oder Flüchtlinge anerkannt worden. Bei den Iranern seien dies sogar 46,9 Prozent und bei den Irakern 67,5 Prozent gewesen.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) fordert nun eine Überprüfung, ob die visafreie Einreise von Serben und Mazedoniern aufrechterhalten werden kann. Auf Nachfrage sagte er: "Die Visumfreiheit für Serbien und Mazedonien muss auf den Prüfstand. Einen entsprechenden Beschluss hat der Rat der Innenminister auch auf unser Betreiben hin bereits im April 2012 getroffen. Dieser Beschluss muss jetzt schnell auf europäischer Ebene durchgesetzt werden."

fab/dapd

Load-Date: October 12, 2012

End of Document

Europa schirmt sich ab

SPIEGEL ONLINE

09. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 2676 words

Byline: Giorgos Christides Björn Hengst Frauke Lüpke-Narberhaus Katharina Peters Mathieu von Rohr Hans-Jürgen Schlamp Carsten Volkery

Highlight: Sie hoffen auf Schutz, doch wenn Asylbewerber und Flüchtlinge die EU-Grenzen überwinden, erfahren sie wenig Mitgefühl. In Griechenland werden sie in armseligen Internierungslagern festgehalten, in Italien landen sie oft auf der Straße. Wie sieht es in anderen Ländern aus? Ein Überblick.

Body

Hamburg - Sie wissen, dass ihnen der Tod droht. Dennoch steigen viele Menschen an Afrikas Küsten in marode Boote, in der Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa.

Sind vor einigen Jahren noch Migranten auf der Suche nach Arbeit aus Nordafrika etwa nach Italien gekommen, sind es heute oft Menschen, die vor Chaos und Gewalt in ihren Heimatländern fliehen - Syrer, Afghanen, Somalier. Die Zahl der Asylanträge in Europa ist in den vergangenen sechs Jahren deutlich gestiegen.

Zufluchtsuchende seien "besonders verletzbare Menschen", mahnte Bundespräsident Joachim Gauck, nachdem vor Lampedusa am Donnerstag Dutzende Menschen ertranken. "Leben zu schützen und Flüchtlingen Gehör zu gewähren, sind wesentliche Grundlagen unserer Rechts- und Werteordnung." Am Dienstag berieten die EU-Innenminister in Luxemburg über Konsequenzen aus dem Unglück mit rund 300 Toten. Doch sie konnten sich trotz heftiger Kritik zu keiner umfassenden Änderung ihrer Asylpolitik durchringen.

Die Erwartungen der Flüchtlinge an Europa erfüllen sich aber oft nicht. Viele müssen sich durch lange Asylverfahren quälen oder gegen Vorurteile kämpfen. In einigen Ländern müssen sie katastrophale Lebensbedingungen in Auffanglagern erdulden; in anderen Staaten landen sie auf der Straße.

Die Korrespondenten von SPIEGEL ONLINE berichten, wie die Lage in den einzelnen europäischen Ländern ist:

ITALIEN

von Hans-Jürgen Schlamp

Die Katastrophe von Lampedusa hat die Welt erschüttert. Ganz besonders Italien. Entsetzt sieht man die Bilder im Fernsehen, die verpackten Körper am Strand. Kann, darf das sein? "Eine Schande", sagt Papst Franziskus.

Europa schirmt sich ab

"Ja", sagen viele, "eine Schande." Es wird über Solidarität gesprochen. Italiens Regierungschef Enrico Letta verlieh den Verstorbenen posthum die italienische Staatsbürgerschaft.

Für die Überlebenden beginnt nun eine unangenehme Prozedur. Der Staatsanwalt leitet ein Verfahren ein und prüft, ob sie illegale Einwanderer sind. Dann müssten sie bis zu 5000 Euro Strafe zahlen. Selbst Richter sind diese Verfahren zuwider. Für die Flüchtlinge bedeutet das eine wenig solidarische Zukunft.

Die Flüchtlinge, die übers Meer kommen, landen in "Erstaufnahmezentren", das sind bestenfalls öde, oft auch schreckliche Lager. Manche werden von dort schnell wieder abgeschoben. Darunter wohl auch viele, die politisches Asyl beantragen wollen - aber sich nicht richtig artikulieren können oder dürfen.

Andere, die vor Krieg oder politischer Verfolgung geflohen sind, nehmen das unter der Hand gereichte Angebot an, sich mit provisorischen Papieren und mitunter sogar mit einer 500-Euro-Geldspende auf den Weg nach Norden zu machen. In die Schweiz, nach Deutschland oder nach Skandinavien. Übrig blieben im Jahr 2012, nach amtlichen Zahlen, 15.715 neue Migranten mit Asylbegehren. Das sind laut EU-Statistik gerade einmal 260 Flüchtlinge auf eine Million Italiener.

Doch auch für diese geringe Zahl ist Italien nicht gerüstet. In den "Einrichtungen zum Schutz von (anerkannten) Flüchtlingen und Asylbewerbern", ist nicht einmal für ein Drittel Platz. Diese Menschen haben zumindest für sechs bis zehn Monate ein Dach überm Kopf. Dann müssen sie ihr dürftiges Zuhause verlassen. Wohin auch immer.

Andere kommen in den Bettenlagern unter, die meisten Asylbewerber landen mangels Alternativen gleich auf der Straße. Sie hausen in abgestellten Zügen in ausgemusterten Rangierbahnhöfen, leerstehenden Abbruchhäusern oder mit Matratze und einer Plastikfolie auf Brachflächen. Jobs gibt es kaum, allenfalls Schwarzarbeit für ein, zwei Euro die Stunde.

GRIECHENLAND

von Giorgos Christides

Seit mehr als einem Jahrzehnt ist Griechenland das wichtigste Einfallstor für illegale Immigranten und Asylbewerber aus Asien und Afrika. Doch dort finden sie nicht das Gelobte Land, sondern landen in einem kaputten Einwanderungs- und Asylsystem.

Asylbewerber werden in überfüllten, armseligen Lagern festgehalten. Menschenrechtsgruppen und internationale Medien haben dieses Drama mehrfach öffentlich kritisiert.

Besonders die Lage syrischer Flüchtlinge steht zur Debatte. 2012 nahm Griechenland 8000 Syrer fest, weil sie illegal ins Land kamen. Nach Uno-Angaben wurden im vergangenen Jahr nur zwei Syrer als Asylberechtigte anerkannt.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte urteilte, dass Griechenlands Asylsystem mangelhaft und menschenunwürdig ist. Daraufhin haben die meisten EU-Staaten aufgehört, Flüchtlinge nach Griechenland abzuschieben. Eigentlich sind sie verpflichtet, einen Asylsuchenden in das EU-Land zu bringen, das er zuerst betreten hat.

Anfang August revoltierten Flüchtlinge in Amygdaleza, einem der neuen Camps nahe Athen. Dutzende Einwanderer flohen von dem Gelände, das selbst der griechische Ombudsmann für die Asylpolitik als "eine besondere Gefängnisart" bezeichnete.

Wegen des wachsenden internationalen Drucks hat Griechenland angefangen, sein Asylsystem zu erneuern. Doch der Einstellungsstopp und die fehlenden Gelder wegen der Sparpolitik machen Reformen schwierig.

Für die meisten Griechen ist die verheerende Lage der Flüchtlinge kaum ein Thema. Viele sind jedoch der Meinung, dass das Land keine weiteren Ausländer mehr aufnehmen kann. Die Profiteure dieser Stimmung sind die

Europa schirmt sich ab

rechtsextremen Kräfte der Partei Goldene Morgenröte. Die Partei hat es zur drittstärksten Kraft im Parlament gebracht.

Übersetzung von Christoph Sydow

FRANKREICH

Von Mathieu von Rohr

Das große ausländerpolitische Thema in Frankreich waren in den vergangenen Wochen die Roma. Zwar gibt es nur circa 15.000 bis 20.000 im Land, doch sie werden von Politikern und Medien mit Kriminalität und unhygienischen Behausungen in Verbindung gebracht. Sogar der sozialistische Innenminister Manuel Valls sagte kürzlich, die Roma seien nicht integrierbar. Wie schon unter dem früheren Präsidenten Nicolas Sarkozy werden sie in großer Zahl ausgewiesen.

Die viel größeren Asylprobleme werden dagegen in den französischen Medien nur selten thematisiert: Die Zahl der Asylanträge hat in Frankreich in den vergangenen fünf Jahren um 73 Prozent auf 61.468 zugenommen. Mit diesem Ansturm sind die Behörden völlig überfordert.

Die Asylsuchenden müssen in Frankreich ihre Anträge auf der Präfektur stellen, dem Verwaltungszentrum des Departements. Bereits dort brauchen die Beamten bis zu 70 Tage, um eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung auszustellen - das gesamte Verfahren dauert im Schnitt 20 Monate: Zuerst prüft die französischen Flüchtlingsagentur die Gesuche, knapp 90 Prozent werden abgelehnt. In fast allen Fällen werden Rechtsmittel eingelegt. Laut einem Bericht des Innenministeriums tauchen jährlich 37.000 Menschen ohne Papiere unter.

Wegen der überfüllten Unterkünfte haben die Behörden etwa in der lothringischen Stadt Metz 450 Asylsuchende seit Juni in Zelten auf einem Parkplatz untergebracht: Hilfsorganisationen beklagten die "unwürdigen" und "hygienisch ungenügenden" Anlagen. Erst in den vergangenen Tagen begannen die Behörden auf gerichtliche Anweisungen, das Lager aufzulösen.

Die 271 Aufnahmezentren im Land verfügen über 21.400 Plätze, doch laut dem Innenministerium würden 35.000 Plätze benötigt. Der Staat bringt die Asylsuchenden teilweise in leerstehenden Sozialwohnungen abgelegener ländlicher Gemeinden unter. Das hat zu Protesten lokaler Politiker geführt. Viele Asylsuchende werden sogar in Hotels einquartiert - insgesamt kostete die Unterbringung inklusive finanzieller Hilfen für die Asylsuchenden 550 Millionen Euro. In der Presse wird der alarmierende Bericht als ein Indiz gewertet, dass die Regierung bald ein neues Asylgesetz plant.

GROSSBRITANNIEN

Von Carsten Volkery

Britische Boulevardmedien schimpfen oft darüber, dass Großbritannien sich zum Paradies für Asylbewerber entwickelt habe. Dabei rangiert das Land gemessen an der Zahl der Asylanträge nur auf Rang vier in der EU - weit hinter Deutschland, Frankreich und Schweden. Pro Jahr werden zwischen 20.000 und 25.000 Asylanträge gestellt. Die Ablehnungsquote betrug zuletzt 62 Prozent.

Die meisten Asylbewerber kommen aus Pakistan, gefolgt von Iran, Sri Lanka und Syrien. Sie dürfen in Großbritannien nicht arbeiten, sondern sind auf den Staat angewiesen. Sie bekommen eine möblierte Unterkunft gestellt, in der Regel handelt es sich um schwer vermietbare Sozialwohnungen. Wegen des Wohnungsmangels werden Asylbewerber grundsätzlich nicht in London und nur selten im dichtbesiedelten Südosten Englands untergebracht. Stattdessen werden sie auf den Rest der Insel verteilt. Für den Lebensunterhalt gibt es 36,62 Pfund Bargeld pro Person pro Woche. Der Zugang zum Gesundheitssystem ist kostenlos.

Über den Asylantrag wird innerhalb von sechs Monaten entschieden. In dieser Zeit müssen die Bewerber an der ihnen zugewiesenen Adresse wohnen und jederzeit den Behörden zur Verfügung stehen. Rund ein Zehntel aller Bewerber kommt in das Fast-Track-Verfahren: Wenn bei der Antragstellung festgestellt wird, dass der Fall nicht

Europa schirmt sich ab

kompliziert ist, wird der Bewerber direkt in ein Auffanglager eingewiesen. Am zweiten Tag findet das Interview statt, am dritten Tag wird entschieden. Schon nach wenigen Tagen kann der Bewerber abgeschoben werden.

Nach einer Asylkrise 2006, als die Regierung auf 450.000 unbearbeiteten Anträgen saß, wurde das Thema zur Chefsache. Seither haben die Behörden den Prozess wieder unter Kontrolle. Dennoch wird in den britischen Medien regelmäßig der Eindruck erweckt, es gebe eine Asylbewerberschwemme. Laut einer Studie der Glasgow University werden Flüchtlinge in der Presse meist als "illegale Immigranten" bezeichnet. In den meisten Artikeln gehe es darum, wie man sie nicht ins Land lassen oder abschieben könnte.

SPANIEN

Von Katharina Peters

Die Städte Ceuta und Melilla gehören zu Spanien, liegen aber in Nordafrika - und sind somit Sehnsuchtsorte für viele Afrikaner. Migranten, die nach Europa fliehen wollen, kampieren rund um die Exklaven. Mitte September wurden die Behörden überrascht von einem neuen, heftigen Ansturm: Dutzende Afrikaner schwammen nach Ceuta, in Melilla rissen sie einen Stacheldrahtzaun nieder. Etwa hundert schafften es in die spanischen Gebiete. Menschenrechtler kritisieren, dass Grenzschützer in der Vergangenheit Menschen oft sofort zurückgeschickt haben - ohne zu überprüfen, ob sie Anrecht auf Asyl hätten.

Spanien hat in den vergangenen Jahren massiv aufgerüstet, um Migranten fernzuhalten. Um die Exklaven sind sechs Meter hohe Drahtzäune gezogen worden, Infrarotkameras überwachen die Anlagen.

Auch im Mittelmeer gibt es schärfere Kontrollen, die Küsten werden abgeschirmt. 31.000 Bootsflüchtlinge erreichten noch im Jahr 2006 die Kanarischen Inseln, in den maroden Schiffen saßen vornehmlich Menschen aus Nord- und Westafrika. Seither ist die Zahl drastisch gesunken. 2012 landeten auf den Kanaren nur noch 173 Flüchtlinge an.

Das vergangene Jahr verzeichnete ohnehin einen Negativ-Rekord: Nur 2580 Asylanträge gingen insgesamt in Spanien ein, so wenig wie seit 25 Jahren nicht mehr. Die Bewerber stammten aus Syrien, Algerien und westafrikanischen Ländern wie Nigeria und Kamerun.

Sie kommen in Spanien in Auffanglagern unter, die sich über das ganze Land verteilen. Vier solcher Zentren sind direkt der Regierung unterstellt, viele andere werden von gemeinnützigen Organisationen wie der Spanischen Kommission zur Hilfe von Flüchtlingen (CEAR) betrieben.

Wem Asyl gewährt wird, der hat Anspruch auf 51,60 Euro pro Monat. Außerdem gibt es weitere Gelder für Familien sowie Zuzahlungen für öffentliche Verkehrsmittel, Kleidung oder Bildung.

SCHWEDEN

von Frauke Lüpke-Narberhaus

Schweden lässt insgesamt vergleichsweise viele Asylbewerber ins Land. Und dennoch: Viele kommen auch hier nicht richtig an. Im Mai schaute das Ausland verwundert auf das heimelige Schweden, als Jugendliche in Vororten Autos anzündeten und Steine warfen. In Stockholms Vorort Husby etwa haben fast alle Einwohner ausländische Wurzeln - die Arbeitslosenquote ist mit rund neun Prozent etwa dreimal so hoch wie in Stockholm. Schweden haben dafür ein eigenes Wort "utanförskap", wörtlich übersetzt etwa "Außenvorschaft". Viele Jugendliche fühlen sich ausgegrenzt, von der Polizei schikaniert, zwar gut versorgt, aber nicht gebraucht.

Rund 43.900 Personen suchten im vergangenen Jahr Asyl, teilt die zuständige Behörde Migrationsverket mit. In diesem Jahr dürfte die Zahl noch einmal deutlich steigen: Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum haben 2013 bislang fast 20 Prozent mehr Menschen Asyl beantragt. Die meisten kamen aus Syrien, Eritrea, Afghanistan und Somalia. 2011 mussten Bewerber durchschnittlich 149 Tage warten, bis ihr Antrag bearbeitet wurde - etwa einem Drittel gewährte Schweden Asyl.

Europa schirmt sich ab

Das Migrationsverket vermittelt Bewerbern eine Wohnung, sie dürfen sich laut Gesetz ihre Bleibe aber auch selbst organisieren, bei Freunden und Verwandten beispielsweise. Im vergangenen Jahr taten das immerhin rund 40 Prozent. Immer wieder wurde dieses Gesetz kritisiert, beispielsweise von der damaligen Generaldirektorin des schwedischen Arbeitsamtes Angeles Bermudez-Svankvist. Sie sagte Anfang des Jahres "Sveriges Radio": Die Flüchtlinge sammelten sich in einigen wenigen Kommunen, "eine unglaublich schwierige soziale Situation" sei die Folge.

In manchen Kommunen berichten Flüchtlinge: "Wir leben wie Tiere." Es gebe Streit, Brände, Drohungen, in zwei Monaten sei die Polizei fast 30-mal gerufen worden, berichtet ein Flüchtling aus der Kommune Örebro. In einem Raum schliefen manchmal sechs, sieben Menschen. Komfortabler leben hingegen Asylsuchende in Wermlandia, einem ehemaligen Wellness-Hotel in Ekshärad, Mittelschweden. Der Besitzer spricht stolz vom "luxuriösesten Flüchtlingsquartier in ganz Schweden". Wobei wohl auch für die Wermlandia-Bewohner gilt: Es wird ihnen schwerfallen, in Schweden anzukommen.

ÖSTERREICH

von Björn Hengst

Die Saualm ist Vergangenheit, der Ort galt lange Zeit als Beispiel für eine fragwürdige Asylpolitik in Österreich. Der damalige Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider hatte die "Sonderbetreuungsanstalt für mutmaßliche kriminelle Asylbewerber" einrichten lassen, im vergangenen Jahr wurde sie nach Berichten über verfaultes Essen und mangelnden Zugang zu ärztlicher Versorgung geschlossen.

Flüchtlingsorganisationen reagierten erleichtert. Grund, sich zurückzulehnen, haben sie trotzdem nicht: Zwar habe man in Österreich im europäischen Vergleich "nicht das schlechteste Asylsystem", in etlichen Bereichen seien aber noch Verbesserungen denkbar, sagt Anny Knapp von der Organisation Asylkoordination Österreich. So etwa bei der Rechtsberatung oder der Unterbringung von Flüchtlingen, die oft unbefriedigend sei. Ähnlich wie in Deutschland werden Asylbewerber in Österreich oft in isolierten Quartieren untergebracht.

Die Unterstützungsleistungen wurden der Asylkoordination Österreich zufolge zuletzt erhöht, so beträgt der Tagessatz in Gemeinschaftsunterkünften jetzt 19 Euro (vorher 17 Euro).

Im vergangenen Jahr wurden rund 17.500 Asylanträge in Österreich gestellt, davon wurden 3680 angenommen. Die meisten Antragsteller kamen aus Afghanistan, der Russischen Föderation und aus Pakistan.

Einige Asylbewerber warten schon seit mehr als fünf Jahren auf eine endgültige Entscheidung über ihren Antrag. Inzwischen gebe es die Tendenz, über neue Anträge rasch zu entscheiden. Dies sei grundsätzlich zu begrüßen. Bei den beschleunigten Verfahren würde die Einzelfallprüfung allerdings "immer wieder auf der Strecke bleiben".

Ab dem kommenden Jahr ist eine übergeordnete Behörde für die Asylverfahren in Österreich zuständig: das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl. Es untersteht dem Innenministerium und soll "auf die zunehmenden Auswirkungen weltweiter Migrationsbewegungen effizienter reagieren" können, wie es in einer Zeitschrift des Ministeriums heißt.

Wie Deutschland mit Asylbewerbern umgeht, lesen Sie hier.

Load-Date: October 9, 2013